

WHAT'S AT STAKE*



UNSERE GESELLSCHAFTEN NACH CORONA

SECHS SZENARIEN
FÜR 2025

Leitautor
DR. MAX NEUFEIND

#pgs20

progressive-governance.eu

Inhalt

Executive Summary	3
Einleitung	4
Szenarien	5
Neues Goldenes Zeitalter	6
Lokalismus	8
Radikaler Individualismus	10
Wohlfahrt-Technokratie	11
Nationalpopulismus	13
Klassenfahrt	15
Eine Strategie für Progressive: Die Chance zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen	17
Unser demokratisches System revitalisieren	17
Eine Agenda für sozialen Ausgleich und eine ökologische Wende	18
Ein progressives Plädoyer für Europa und einen neuen Multilateralismus	19
Leadership	20
Mitwirkende	22
Über Das Progressive Zentrum und #PGS20	23
Impressum	23

*Autoren: Max Neufeind, Fabian Wigand, Karl Adam, Andreas Audretsch, Manuela Barišić, Daniela Blaschke, Gunilla Fincke, Paulina Fröhlich, Claudia Gatzka, Kübra Gümüşay, Paul Jürgensen, Tanja Klenk, Thomas Kralinski, Michael Miebach, Leonard Novy, Sophie Pornschlegel, Florian Ranft, Marc Saxer, Peter Siller, Friedemann Schreiter, Wolfgang Schroeder, Michael Schönstein, Robert Schütte, Dominic Schwickert, Leon Tiedemann-Friedl.

Die Ansichten in dieser Publikation geben nicht notwendigerweise die Meinung aller Mitwirkenden bzw. ihrer Institutionen wieder. Insbesondere stellen die beschriebenen Szenarien keine Präferenzen der Mitwirkenden oder ihrer Institutionen dar. Bei den Szenarien handelt es sich um überzeichnete Bilder möglicher Zukünfte.

Executive Summary

Es steht viel auf dem Spiel für unsere Gesellschaften. Nach Corona ist eine vollständige Rückkehr zur „alten Normalität“ unwahrscheinlich und vielleicht in Teilen auch nicht wünschenswert. Die Zukunft ist offen: Auf der einen Seite die Chance für den Beginn eines neuen progressiven Zeitalters. Auf der anderen Seite die reale Gefahr des Abrutschens in eine Welt der Illiberalität und des Egoismus. Um herauszustellen, welche Handlungsoptionen und Gelegenheitsfenster für progressive Akteure in den nächsten Jahren bestehen, beschreiben wir in diesem Papier sechs Szenarien für das Jahr 2025. Sechs ganz unterschiedliche Bilder, wie unsere Welt in fünf Jahren aussehen könnte. Aus progressiver Perspektive sind die Szenarien unterschiedlich wünschenswert. Gleichwohl lassen sie sich nicht einfach in positive und negative Szenarien aufteilen: Mehrere Szenarien haben Elemente, die für Progressive wünschenswert erschienen. Und bei einigen dieser Elemente teilt sich das progressive Lager zweifellos hinsichtlich der Einschätzung, wie wünschenswert eine solche Welt wäre.

Dabei sind die Szenarien keine Prognosen, sie sagen nicht die Zukunft voraus. Es sind Instrumente, um über mögliche Zukünfte nachzudenken. Über Wendepunkte, über genutzte und vertane Chancen. In ihrer Gesamtheit verdeutlichen die Szenarien die Dringlichkeit progressiven Handelns. Im zweiten Teil dieses Papiers formulieren wir daher Thesen, wie im Jahr 2020 eine Progressive Agenda aussehen sollte. Die Thesen lassen sich auf vier Leitgedanken verdichten: Demokratie, Transformation, EuropaPlus und Leadership. Die nächsten Monate entscheiden, ob es den Progressiven gelingt, die Deutungshoheit über die Krise und die Entwicklungen, die sich in ihr offenbaren, zu erlangen. Es gibt die Chance auf mehr Demokratie, eine neue Wirtschaftsordnung und einen Neustart des multilateralen Projekts. Progressive müssen sich aufmachen, die Erneuerung unserer Gesellschaft aus der Krise heraus anzuführen. Das wird nicht möglich sein ohne eine Vernetzung über Länder- und auch Parteigrenzen hinweg. Genau diesem Zweck dient das Progressive Governance Symposium 2020.

Einleitung

Es steht viel auf dem Spiel für unsere Gesellschaften. Wie geht es weiter mit und nach Corona? Eine vollständige Rückkehr zur „alten Normalität“ ist unwahrscheinlich und vielleicht in Teilen auch nicht wünschenswert. Es geht jetzt darum, die aktuellen Spannungen in unseren Ländern nach vorne aufzulösen. Dazu wollen wir zunächst beschreiben, wie unsere Welt in fünf, sechs Jahren aussehen, und wie sich verschiedene Zukünfte anfühlen könnten. Wir wollen deutlich machen, welche Handlungsoptionen und Gelegenheitsfenster für progressive Akteure in den nächsten Jahren bestehen. Für uns ist klar: Wir sehen die aktuelle Situation als Chance für den Beginn eines neuen progressiven Zeitalters. Die Zukunft ist offen. Das heißt aber auch: Das Abrutschen in eine Welt der Illiberalität und des Egoismus ist eine reale Gefahr. Nur wenn es den Progressiven gelingt, in breiten Allianzen die Deutungshoheit über die aktuellen Entwicklungen zu gewinnen, hat die Transformation hin zu einer solidarischeren, nachhaltigeren und lebenswerteren Welt eine echte Chance.

Um herauszufinden, wie ein progressives Transformationsprojekt gelingen und woran es scheitern kann, haben wir die Zeitmaschine angeworfen und sind auf sechs verschiedene Reisen ins Jahr 2025 gegangen. Entstanden sind ganz unterschiedliche Bilder, wie unsere Welt in fünf Jahren aussehen könnte. Dabei ist klar: Szenarien sind keine Prognosen, sie sagen nicht die Zukunft voraus – sie sind Instrumente, um über mögliche Zukünfte nachzudenken, über Wendepunkte, über genutzte und vertane Chancen. Unter Rückgriff auf Elemente der Szenariotechnik haben für dieses Papier fünfundzwanzig VordenkerInnen aus Politik, Medien, Journalismus, Unternehmen und Zivilgesellschaft Bilder der Zukunft und ihre Entstehungsgeschichte ausgearbeitet, ihre Möglichkeiten und Gefahren untersucht und robuste Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Dabei spiegeln die Szenarien nicht die Meinungen oder Präferenzen der TeilnehmerInnen und ihrer Institutionen wider, sondern sollen durch überspitzte Bilder helfen, das Denken über die Folgen der Covid-19-Pandemie neu zu strukturieren. Sie sollten die Dringlichkeit zu progressivem Handeln aufzeigen. Nach dem Blick in die verschiedenen Zukünfte werden wir daher Thesen aufstellen, wie eine Progressive Agenda in Zeiten der Krise aussehen sollte. Was wir heute tun können, um aus der Krise heraus einen progressiven Gesellschaftsentwurf Realität werden zu lassen.

Unsicherheitsdimensionen

Verlässliche Prognosen darüber, wie die Corona-Pandemie die Welt ökonomisch, politisch und gesellschaftlich verändern wird, sind derzeit kaum möglich. Es gibt zahlreiche Dimensionen, in denen die Krise Effekte in die eine oder andere Richtung zeitigen kann. Deshalb haben wir zentrale Dimensionen definiert, die diese Unsicherheit analytisch fassbar machen.

- **1. Wirtschaftliche und gesundheitliche Folgen:** Wie stark wird die Krise zu einer dauerhaften ökonomischen Abkühlung führen? Wann wird ein Impfstoff global verfügbar sein? Wird es eine zweite und dritte Welle der Pandemie geben? Wie wird das Virus mutieren und wird uns das mit neuen Herausforderungen konfrontieren? Wie viele Menschen werden durch Covid-19 zu Schaden kommen?
- **2. Kooperation zwischen Staaten:** Wird die globale Kooperation zwischen Ländern auf rein instrumentelle Beziehungen zurückfallen? Entstehen neue Allianzen zwischen Nationen? Gewinnen oder verlieren die internationalen Organisationen an Bedeutung? Wie wird sich der Globale Norden dem Globalen Süden gegenüber verhalten?

- **3. Solidarität innerhalb Gesellschaften:** Auf welchen Ebenen von Gemeinschaft und Gesellschaft wird zukünftig Solidarität praktiziert werden? Wie inklusiv wird diese Solidarität sein? Woran wird sich das Maß an Solidarität bemessen, das gesellschaftlichen Gruppen zuteil wird?
- **4. Verhältnis von Staat und BürgerInnen:** Wie wird sich das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat und seine Handlungsfähigkeit entwickeln? Wie repressiv werden Staaten agieren? Welche Verantwortung werden Staaten ihren BürgerInnen zumessen? Werden sich Formen der politischen Partizipation verändern?
- **5. Verhältnis von Staat und Wirtschaft:** Werden Staaten in Folge der Krise eine stärker steuernde Rolle in der Wirtschaft einnehmen? Wird es zu einer Rücknahme der Privatisierung der Daseinsvorsorge kommen? Wie stark werden Staaten ihre Unternehmen und Industrien durch protektionistische Maßnahmen schützen? Wird es zu vermehrten Konflikten oder vertiefter Kooperation zwischen Staaten und globalen Konzernen kommen?
- **6. Vorherrschende Vorstellung des Guten Lebens:** Welche Werte werden den Menschen wichtig sein? Verändern sich Einstellungen in Richtung Materialismus oder Post-Materialismus? Wie entwickelt sich das Verhältnis von Kosmopolitismus und Kommunitarismus?

Szenarien

Eine Kombination der verschiedenen Unsicherheitsdimensionen ergibt sehr unterschiedliche Szenarien. Im Folgenden beschreiben wir sechs davon:

1. Neues Goldenes Zeitalter
2. Lokalismus
3. Radikaler Individualismus
4. Wohlfahrts-Technokratie
5. Nationalpopulismus
6. Klassenfahrt

Diese Szenarien sollen dabei helfen, das Nachdenken über unsere Welt nach der Corona-Krise zu strukturieren. Aus progressiver Perspektive sind die Szenarien unterschiedlich wünschenswert.

Gleichwohl lassen sie sich nicht einfach in positive und negative Szenarien aufteilen: Mehrere Szenarien haben Charakteristika, die für Progressive wünschenswert erschienen. Und bei einigen dieser Charakteristika teilt sich das progressive Lager zweifellos hinsichtlich der Einschätzung, wie wünschenswert eine solche Welt wäre. Alle Szenarien stellen überzeichnete Fluchtpunkte möglicher Entwicklungen dar. Dabei kann die Zukunft Aspekte unterschiedlicher Szenarien aufweisen – und auch eine ganz andere Entwicklung nehmen. Klar ist auch: Welche Zukunft sich am Ende realisiert, hängt nicht nur von exogenen Faktoren ab, sondern von uns! Wie Progressive heute handeln, ist entscheidend dafür, in welcher Welt, in welchen Gesellschaften wir morgen leben werden.



SZENARIO 1

Neues Goldenes Zeitalter**Die Welt im Jahr 2025**

Die vorherrschende Deutung der Covid-19-Krise ist: Es sind die liberalen Demokratien, die am besten durch diese Krise gekommen sind. Sie haben mit ihren Maßnahmen schnell und angemessen gehandelt, den größten wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Schaden abgewendet und die Krise für einen zukunftsgerichteten sozial-ökologischen Entwicklungsimpuls genutzt. Man spricht von einem „Sozial-Ökologischen New Deal“. Gestiegenen Staatsschulden steht die Überzeugung der Mehrheit der Finanzmarkt-Analysten gegenüber, dass sich diese Strategie langfristig ökonomisch auszahlen wird. Die Erfahrung, dass nur durch Kooperation zwischen Staaten und supra- und multinationale Bündnisse die schlimmsten Folgen der Pandemie abgewehrt werden konnten, hat die populistischen Parteien und Staatsführer geschwächt. Ihre auf nationale Abschottung ausgerichtete Politik hat massiv an Attraktivität verloren. Ein politisch und wirtschaftlich enger zusammengerücktes Europa und ein demokratisch regiertes Amerika haben, vor allem

Ein politisch und wirtschaftlich enger zusammengerücktes Europa und ein demokratisch regiertes Amerika haben, vor allem durch die Bereitstellung eines Impfstoffes und über die WHO organisierte Impfprogramme, eine neue Rolle als solidarische und globale Krisenbewältiger eingenommen.

durch die Bereitstellung eines Impfstoffes und über die WHO organisierte Impfprogramme, eine neue Rolle als solidarische und globale Krisenbewältiger eingenommen.

Als Antwort auf die extremen Belastungen für bestimmte Teile der Bevölkerung in Zeiten der Pandemie haben die meisten liberalen Demokratien einen sogenannten „neuen Gesellschaftsvertrag“ entwickelt: Es gibt eine starke Aufwertung sozialer und gemeinwohlorientierter Berufe, eine gleichere Verteilung von Sorgearbeit und eine Reihe neuer Rechte für ArbeitnehmerInnen. Zudem sind substanzielle Ressourcen in den Ausbau des städtischen wie ländlichen öffentlichen Raumes geflossen, der für viele Menschen höchste Bedeutung als Erweiterung der persönlichen Lebenssphäre genießt.

Zu erleben, wie ein an wissenschaftlichen Fakten ausgerichtetes Krisenmanagement und eine verlässliche Berichterstattung freier und unabhängiger Medien den Erfolg von Gesellschaften bei der Bewältigung der Pandemie beeinflusst haben, hat in den liberalen Demokratien das Vertrauen in Wissenschaft, Medien und Politik massiv steigen lassen. Hierzu hat auch beigetragen, dass Staat und Verwaltung sich verändert haben und die



Bedürfnisse sowie Freiheits- und Grundrechte der BürgerInnen nun konsequent ins Zentrum stellen. So ist auch die weltweite Attraktivität des Modells liberaler Demokratien und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates gestiegen.

Die Märkte sind staatlich stärker „eingebettet“. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck. Der Staat stimuliert wirtschaftliche Dynamik und richtet sie stark an den Bedürfnissen heutiger und zukünftiger Generationen aus. Staaten nehmen eine herausgehobene Rolle als Anbieter von gesamtgesellschaftlich bedeutsamen öffentlichen Gütern ein (z.B. Mobilität, Gesundheit, Wohnen). Konjunkturprogramme und Einkommenssteigerungen in systemrelevanten Berufen haben den Binnenkonsum steigen lassen. Teilweise hat eine Rückverlagerung von Wertschöpfungsketten stattgefunden.

In allen zentralen Lebensbereichen wurde die Frage nach Lebensqualität neu gestellt.

Die Pandemie hat das Selbst- und Menschenbild vieler grundlegend erschüttert. Was wäre passiert, wenn wir nicht so glimpflich davon gekommen wären? Worauf kommt es wirklich an im Leben? Was hat Wert? Welche Welt erbt die nächste Generation? In allen zentralen Lebensbereichen (Arbeit, Partnerschaft, Wohnen, Bildung etc.) wurde die Frage nach Lebensqualität neu gestellt. Es dominiert das Ideal eines selbstbestimmten, freien und nachhaltigen Lebens in friedlicher Koexistenz und Verbundenheit mit Mitmenschen und Natur. Psychische Erkrankungen wie Burnout und Depressionen erreichen einen Tiefstand.

Was ist passiert?

Ende 2020 gab es eine zweite Welle der Corona-Pandemie, an der viele Menschen starben. In Europa, China, Japan und Südkorea gelang es, die Infektionsherde lokal einzugrenzen. Im Herbst

kommt es in den USA immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Viele Latein- und Afroamerikaner kämpften um ihre ökonomische Existenz in Zeiten einer tiefen Rezession. Trump verlor die Präsidentschaftswahlen gegen Joe Biden. Der neue Präsident leitete einen unmittelbaren Politikwechsel in Richtung internationaler Kooperation und Multilateralismus ein und übernahm die in Europa und Asien erfolgreichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

Einem europäischen Forschungsteam gelang 2021 die Entwicklung eines Impfstoffes. Amerikanische und europäische Pharmaunternehmen fuhren im Eiltempo die Produktion des Impfstoffes hoch, der global allen Ländern zugänglich gemacht wurde. Die WHO und andere UN-Sonderorganisationen setzten länderspezifische Impfprogramme um. Zeitgleich begann die EU mit der Implementierung eines Maßnahmenpakets in Höhe von 1 Billion €, um die Folgen der Corona-Krise abzufedern und die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Ein Fokus war dabei die Erforschung und Entwicklung grüner Technologien.

WHO und OECD legten Ende 2022 den ersten belastbaren länderübergreifenden Bericht zur Bewertung des Krisenmanagements ausgewählter Länder vor. Die Länder, die sich für einen Mix aus wissenschaftlich-fundiertem Risikomanagement, zielgerichteten Wirtschaftshilfen, breitem Gesundheitsschutz und sozialer Absicherung für ihre Bevölkerungen, für massive Investitions- und Konjunkturprogramme und staatenübergreifende Kooperation entschieden hatten, waren am besten durch die Krise gekommen. Gleichzeitig wurden auf Wikileaks die „Corona Papers“ veröffentlicht, die zeigten, dass die Infektions- und Todeszahlen in China viel höher waren als angenommen, der Ausbruch lange vertuscht wurde und die Daten der chinesischen Corona-App systematisch genutzt wurden, um BürgerInnen zu überwachen. Auch die dramatischen Meldungen über Rückschläge und Nebeneffekte der wenig erfolgreichen Krisenbekämpfung in Ländern wie Brasilien und Russland häuften sich.

Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, Intellektuelle und UnternehmerInnen starteten europaweite Kampagnen unter dem Motto „A Golden Age for Europe“.

Bei den Parlamentswahlen in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien zwischen 2021 und 2023 verloren populistische Parteien massiv an Zustimmung, da sie keine vertrauenserweckenden und praktischen Ideen zur Bewältigung der Corona-Krise beigesteuert hatten.

Stattdessen setzten sich flächendeckend breite Mitte-links-Bündnisse durch, die vor allem auf soziale und ökologische Themen setzten. Der Wahlkampf zur Europawahl 2024 war von einer fundamentalen Wertedebatte geprägt: Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, Intellektuelle und UnternehmerInnen starteten europaweite Kampagnen unter dem Motto „A Golden Age for Europe“, die den Wert liberal verfasster Gemeinwesen und länderübergreifender Kooperation betonten. Dabei verglichen sie die Bewältigung der Corona-Pandemie mit der historischen Krisenbewältigung der Nachkriegszeit zwischen 1950 und 1970.

SZENARIO 2

Lokalismus

Die Welt im Jahr 2025

Fünf Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie hat das Lokale und Regionale in ganz Europa an Relevanz gewonnen. Menschen konzentrieren sich auf das nähere soziale Umfeld und engagieren sich verstärkt in Genossenschaften und regionale Kooperationen. Die Qualität des Lebens bestimmt sich primär vor Ort – im Guten wie im Schlechten.

Der Fokus im Denken und Handeln auf das Lokale bedeutet in unterschiedlichen Vor-Ort-Gemeinschaften in ganz Europa Unterschiedliches. Die Spaltung zwischen den lokalen Gemeinschaften ist groß. Reiche Städte und Gemeinden sind gestärkt aus der Corona-Pandemie gekommen, schwache sind weiter geschwächt worden. Starke Regionen hatten schon 2021 selbstbewusst den Primat des Lokalen erklärt und „Corona-freie“ Zonen ausgerufen. Einige dieser Städte und Gemeinden haben sich national und global miteinander vernetzt. Nationale Entscheidungen werden zunehmend in Frage gestellt, bis hin zu separatistischen Tendenzen. Was zählt, ist die Gemeinschaft vor Ort, die regionale Identität und die Regierung vor Ort.

In manchen Gemeinschaften haben sich die Stimmen durchgesetzt, die Menschenrechte, Vielfalt und den Kampf gegen Ausbeutung propagieren. Hier werden gemeinschaftlich genossenschaftliche Äcker bewirtschaftet oder Urban-Gardening-Projekte betrieben. Hautfarbe, Herkunft, Glaube oder sexuelle Orientierung spielen keine Rolle. In anderen Gemeinschaften haben sich Rechtskonservative durchgesetzt und vernetzen



sich mit ähnlichen Gruppen in ganz Europa. Sie arbeiten an einem „Home and Tradition Network“, auch bekannt als HAT. Ihr Leitgedanke ist die Idee des „Ethnopluralismus“: homogene, völkische Gemeinschaften vor Ort. In anderen lokalen Gemeinschaften beherrscht der Konflikt zwischen diesen beiden Richtungen den politischen Alltag. Mit Petitionen wird versucht, den Bau von Moscheen zu verhindern, im Gemeinderat schaffen es andere, genau dafür Flächen zur Verfügung zu stellen. In den Genossenschaften toben Auseinandersetzungen darüber, wer als Mitglied in die Gartenkooperative aufgenommen werden sollte, das queere Jugendzentrum kämpft mit Schmierereien und die Lehrer in der Schule müssen sich Eltern gegenüber rechtfertigen, warum sie Kindern stärker die eine oder andere Perspektive vermitteln.

Hat die Pandemie das Lokale ins Zentrum rücken lassen, so sind die Probleme der Gesellschaften dadurch mitnichten gelöst. Lediglich der Raum der Auseinandersetzung wurde neu definiert.

Was ist passiert?

Zu Beginn der Pandemie hatten regionale und lokale Hilfsangebote Hochkonjunktur. In Chat-Gruppen und auf Online-Plattformen begannen sich Nachbarschaften zu organisieren, der Fokus auf regionale Produkte und das Engagement vor Ort wuchs. Als 2021 die zweite Welle der Corona-Pandemie Deutschland und Europa erreichte, waren diese Abläufe geübt und verfestigten sich. Genossenschaften vor Ort erhielten Zulauf, Menschen begannen zunehmend auf die Stärkung direktdemokratischer Elemente Wert zu legen. Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung wurden mittlerweile fast vollständig kommunal entschieden: Kita- und Schulöffnungen, Hygiene-Konzepte für Restaurants, Besuche in Altersheimen.

Mit dem stärkeren Fokus auf das Lokale und Regionale verlagerte sich aber auch die Auseinandersetzung um die Werte des Zusammenlebens auf diese Ebene – die Kämpfe vor Ort wurden schärfer und härter. Die Kampagne #LeaveNoOneBehind

erhielt bereits 2020 im linksliberalen Milieu enorme Unterstützung. Ziel der Kampagne war es, Geflüchtete aus den Lagern in Südeuropa zu retten, weil das Corona-Virus dort verheerende Folgen hatte. In ganz Europa schlossen sich in den folgenden Monaten und Jahren Städte und Gemeinden der Forderung an. Da viele nationale InnenministerInnen nicht bereit waren, mehr Geflüchtete aufzunehmen, gingen einzelne Regionen voran.

In diesen Regionen ging der Leitgedanke regionaler Resilienz Hand in Hand mit der Arbeit für eine offene, liberale Gesellschaft. Besonders deutlich wurde dies, als 2021 eine zweite Welle der Pandemie ausbrach, in der sich das Virus vor allem in ohnehin unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen verbreitete – in Schlachthöfen, in denen ArbeiterInnen aus Osteuropa unter verheerenden Bedingungen schufteten, in Hochhaussiedlungen, in denen vor allem Menschen lebten, die sich nicht ins Homeoffice zurückziehen konnten. Die Reaktion vieler lokaler Gemeinschaften war Solidarität. Der Diskurs über ein anderes Leben und Wirtschaften, ein Ende von Ausbeutung und Rassismus wurden zu dominanten Debattenthemen vor Ort.

Die zweite Welle der Pandemie 2021 stärkte aber auch die Gegenargumentation. Schon während der ersten Welle hatte sich in neu-rechten Kreisen eine völkische Deutung der Pandemie verbreitet. Lokale und regionale Resilienz wurden zum rechten und rassistischen Ressentiment. Geflüchtete und ArbeiterInnen aus Osteuropa wurden zu Virentägern erklärt, die aus lokalen Gemeinschaften entfernt werden müssten. Über digitale Medien wurden Angst schürende lokale Ereignisse hunderttausendfach geteilt. Videos von vermeintlichen Plünderungen in französischen Banlieues machten die Runde. Die neu-rechten Intellektuellen konnten an altes Gedankengut von lokalen, völkischen Gemeinschaften anknüpfen. Podcasts, in denen über die Rückkehr zur Einfachheit, zur Resilienz, zur „normalen Familie“ und zum eigenen Volk philosophieren wurde, gewannen immer mehr ZuhörerInnen.

SZENARIO 3

Radikaler Individualismus

Die Welt im Jahr 2025

Die Covid-19-Pandemie hat bis zum Jahr 2025 über 10 Millionen Menschenleben gefordert. Während nach der ersten Welle Nationalstaaten noch als wichtigste Instanz des gesundheits- und wirtschaftspolitischen Krisenmanagements galten, haben sie nach Ausbruch weiterer Wellen das Vertrauen der Bevölkerungen mitsamt ihrem finanziellen Handlungsspielraum weitestgehend verloren.

Das Vertrauen in kollektive Systeme ist erloschen. Das Konzept „Gesellschaft“ gilt als naiv, es ist ersetzt durch hoch individualisierte physische wie digitale Gated Communities. Die Menschen, die Solidarität und eine gemeinschaftlichen Problemlösung einfordern, werden als Extremisten gebrandmarkt. Solidarische Unterstützungsangebote, die über marktwirtschaftlich organisierte Dienste hinausgehen, gelten den meisten Menschen als suspekt.

Die meisten Menschen verstehen das Gute Leben als die Verwirklichung eigener Interessen. Ungleiche Ausgangslagen anzusprechen gilt als übergriffig und nicht zumutbare Einschränkung der freien Entwicklung des Einzelnen.

Staatliche Strukturen sind in privatwirtschaftlich organisierte Versorgungssysteme überführt worden. Direkte Kontakte zwischen BürgerInnen und staatlichen Institutionen gibt es kaum. Die Politik verweist auf Eigenverantwortung. Die meisten Entscheidungen sind dem Einzelnen überlassen, auch wenn sie gesamtgesellschaftliche Folgen haben.

Wirtschaftlich hat der Staat sich zurückgezogen, Unternehmen dürfen (und müssen) sich selbst organisieren. Die konjunkturellen Auswirkungen weiterer Infektionswellen haben Unternehmen und Beschäftigte massiv unter Druck gesetzt. Die meisten Unternehmen haben ihre Investitionen

und ihr gesamtgesellschaftliches Engagement drastisch reduziert. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind den Großunternehmen vorbehalten, da staatliche Förderung fehlt und Mittelständler an den Finanzmärkten als unsichere Investments gelten. Es sind auch die großen Superstar-Unternehmen, die die meisten öffentlichen Aufträge zur Erbringung eines Minimal-Sets staatlicher Leistungen gewinnen. Für staatlich geförderte Grundlagenforschung gibt es keine Mehrheiten.

Nach dem Mantra des „My Country First“ der Krisenzeit gab es keine Rückkehr zu solidarischen und kooperativen Ansätzen der internationalen Beziehungen. Eine prinzipiengeleitete globale Ordnung wird nur noch von einer Handvoll Staaten vertreten. Kooperation gibt es nur auf den Feldern, die zwingend nötig sind, um die Freiheiten der BürgerInnen zu gewährleisten (zum Beispiel Visa-Regelungen). Staaten, die auf kollektive Lösungen setzen, werden von der „Liga Freier Nationen“ geächtet. Gleichzeitig übernehmen ausländische Privatunternehmen, oftmals aus Ländern mit einer dirigistischen Wirtschaftspolitik, großen Einfluss auf die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste, besonders in Europa.

Was ist passiert?

Nachdem vielerorts die Beschränkungen gelockert worden waren, überrollte im Herbst 2020 eine zweite, starke Infektionswelle westliche Gesellschaften und forderte zahlreiche Tote. Überstürzt eingeführte strenge Lockdowns, deren langfristige Wirksamkeit die Bevölkerungen anzweifeln, führten zu zahlreichen Protesten. Die grundlegende Ablehnung staatlicher Eingriffen in den Alltag wurde von Parteien der politischen Mitte aufgegriffen. Im Frühjahr 2021 personifizierte sich der Vertrauensverlust, als in mehreren Ländern führenden VirologInnen wissenschaftliche Fehler nachgewiesen wurden.



Da die staatlichen Maßnahmen weder Gesundheit noch Wohlstand noch Freiheit garantieren konnten, entlud sich im Sommer 2021 die Wut vieler Menschen in Massenprotesten unter dem Slogan #SummerOfFreedom. Diese Proteste waren der Nährboden für den Erfolg libertärer Positionen in Wahlkämpfen und Wahlen.

Im Winter 2022 wurde klar, dass die ambitionierten Pläne der Europäischen Kommission für ein gesamteuropäisches wirtschaftliches Erholungsprogramm keine Mehrheit unter den Staats- und RegierungschefInnen finden würden. Während in einigen Mitgliedstaaten die Verschuldung in die Höhe schnellte, gewann in anderen Ländern ein Narrativ die Oberhand, wonach man sich von leistungsschwachen Partnern trennen müsse, bevor man ausgenutzt werde. Die europäischen wie globalen supranationalen Strukturen bleiben zwar als Hülle bestehen, werden aber kaum noch politisch genutzt. Dies auch, weil die Staats- und RegierungschefInnen in ihren Ländern kaum noch Rückhalt für die Idee starker Nationalstaaten haben.

Erst im Sommer 2024 stand endlich ein Impfstoff zur Verfügung. Dieser wurde zunächst an die Teile der Bevölkerung gegeben, die in den vergangenen Jahren nachweisbar einen wirtschaftlichen Beitrag geleistet haben und deren Humankapital einen positiven ökonomischen Nettobeitrag erwarten lässt.

SZENARIO 4

Wohlfahrt-Technokratie

Die Welt im Jahr 2025

Der Kontrast beim Krisenmanagement der Covid-19-Pandemie könnte größer nicht sein. In den konservativ-wirtschaftsliberalen Ländern USA, Großbritannien und Brasilien hat das Virus die meisten Todesopfer gefordert. Die effizienten Staaten Ostasiens haben die Pandemie dagegen ohne größere Schäden für Leib und Leben, aber auch für die Wirtschaft eingedämmt. China hat versucht, mit „Maskendiplomatie“ propagandistischen Nutzen aus seinem vergleichsweise effektiven Krisenmanagement zu ziehen, doch die Reaktion in den Empfängerländern ist durchwachsen. Letztlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Demokratien Taiwan, Südkorea, Deutschland und Japan mit ihren gut

ausgebauten Gesundheitssystemen und kompetenten Bürokratien am besten durch die Krise gekommen sind. Schon während der Krise wird bis in bürgerliche Kreise hinein angezweifelt, ob die Gesundheitssysteme wirklich nach dem Effizienzprinzip organisiert werden sollten. Viele Menschen halten das Profitprinzip und die Bereitstellung öffentlicher Güter für unvereinbar. In Spanien ist das Gesundheitssystem verstaatlicht worden. Der französische Präsident verspricht, Anstrengungen zur Privatisierung der Daseinsvorsorge zurückzunehmen.

In Europa hat das deutlich bessere Krisenmanagement Ostasiens eine Wertedebatte ausgelöst. Während die OstasiatInnen Masken trugen, um andere zu schützen, verweigerten



im individualistischen Westen zu viele diese kleine Geste der Solidarität. Es mehren sich Stimmen, die von den BürgerInnen einfordern, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten und die ihnen zugewiesene Rolle gewissenhaft zu erfüllen. Dieser neue Kollektivismus wird von anderen als Einschränkung der Selbstverwirklichung wahrgenommen. Marginalisierte Gruppen und Minderheiten werden unter dem Deckmantel von Rationalität und dem Streben der Gesellschaft nach mehr Homogenität zunehmend zu Angriffsflächen. Bürgerrechtsorganisationen prangern an, dass die Idee des Gemeinwohls genutzt werde, um KritikerInnen mundtot zu machen und die Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit einzuschränken. Dies steigert die Polarisierung und Spannungen in der Gesellschaft.

Das Regierungshandeln ist bestimmt von Evidenz und Kompetenz. ExpertInnenkommissionen spielen eine große Rolle. Die Besetzung anerkannter Stellungen in der Gesellschaft erfolgt meritokratisch, dies setzt erfolgreich Bildungsanreize. Die Wissenschaft wird sehr aktiv in die politische Entscheidungsfindung einbezogen. Kritische Stimmen innerhalb der Wissenschaft, die die Grundannahmen des politisch propagierten "rationalen Handelns" infrage stellen, werden jedoch aus dem Wissenschaftsdiskurs systematisch

ausgegrenzt. Marginalisierte Gruppen werden bei der Besetzung von Experten- und Entscheidungsgremien systematisch übergangen.

Der Staat sorgt für gesamtwirtschaftliche Stabilität und gibt die Transformationsentwicklung vor. Dabei handelt es sich nicht um eine Planwirtschaft: der Staat setzt durch Steuer- und Industriepolitik Anreize, ist aber kein Micro-Manager. Jedoch ist dieses System auch anfällig für LobbyistInnen. Im Ergebnis wird zwar kompetenter regiert, aber die mächtigsten Gruppen verstehen sich darauf, das System für ihre Interessen zu nutzen. So ist der Zielkonflikt zwischen Klima- und Wirtschaftspolitik nicht gelöst, sondern spitzt sich durch den größeren Einfluss der Wissenschaft zu. Dem Erstarken der Klimabewegung wird in Teilen Rechnung getragen, aber Interessenvertreter der traditionell starken Branchen finden in ihrem Ringen um Subventionen oftmals Gehör bei den TechnokratInnen.

Nicht zuletzt getrieben von dem Ziel, potentielle Infektionsherde früh zu erkennen und eindämmen zu können, haben die Staaten massiv in den Ausbau digitaler Infrastrukturen investiert. Dafür wurden Richtlinien zum Datenschutz und zum Schutz informationeller Selbstbestimmung immer wieder aufgeweicht.

Die Lebensbedingungen der DurchschnittsbürgerInnen haben sich durch einen Ausbau der sozialen Infrastruktur merklich verbessert. Die Angst, im Stich gelassen zu werden, ist der DurchschnittsbürgerInnen genommen. Mehr Kontrolle über das Zusammenleben und stärkere lokale Gemeinschaften haben den Nährboden der RechtspopulistInnen ausgetrocknet. Gleichzeitig hat eine homogene Vorstellung des richtigen Lebens

Kritische Stimmen in der Wissenschaft und in den Medien bleiben ausgegrenzt, sodass die Polarisierung in der Bevölkerung dauerhaft als Unsicherheitsfaktor wirkt.

individuelle Lebensentwürfe in ein Nischendasein gedrängt. Kritische Stimmen in der Wissenschaft und in den Medien bleiben ausgegrenzt, sodass die Polarisierung in der Bevölkerung dauerhaft als Unsicherheitsfaktor wirkt.

Was ist passiert?

In den Jahren 2020 und 2021 konnte man in den USA, aber auch in Brasilien und Großbritannien die Wirkungen eines dilettantischen Pandemie-Managements beobachten. Neben der gescheiterten Krisenpolitik kosten die Wirtschaftskrise und das Aufbrechen innergesellschaftlicher Konfliktlinien den US-Präsidenten seinen Job. Die Pandemie rollt in immer neuen Wellen durch den Globalen Süden.

Die Verteilungskämpfe um die Kosten der Krise erreichten 2021 einen Höhepunkt. Das Gefühl der Solidarität war verflogen. In Italien und Griechenland kam es zu gewaltsamem Widerstand gegen Versuche, die zerrütteten Staatsfinanzen durch Austeritätsprogramme zu konsolidieren. Rufe quer durch die politischen Lager wurden lauter, dass der Staat mit Investitionen mittelfristig einspringen muss.

PopulistInnen gewannen 2022 in vielen Ländern, die sich aus der Krise herausparen wollten, die Wahlen. Gleichzeitig stärkten die abschreckenden

Bilder aus populistisch regierten Ländern und der Erfolg expertengeleiteter Maßnahmen den großen Volksparteien in Zentraleuropa den Rücken. Ihnen wird Raum und Vertrauen zurückgegeben, mehr für die BürgerInnen zu sorgen. Die BürgerInnen wählen traditions- und sicherheitsbewusst, aber auch nationaler. Um die wirtschaftliche Abwärtsspirale aber auch die populistische Revolte zu stoppen, beginnen Europa und die Vereinigten Staaten in ihre ausgedünnte soziale Infrastruktur zu investieren. Im Jahr 2023 führt China durch kluge Industrie- und Forschungspolitik bei Zukunftstechnologien. Die wirtschaftliche, ideologische, aber auch militärische Konfrontation zwischen den Konkurrenten um die globale Hegemonie verschärft sich. China schafft mit dem Abschluss des Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) eine Wirtschaftszone unter Ausschluss der USA. Die USA antworten durch die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den Americas und Großbritannien. Die europäische Wirtschaft ist von beiden Blöcken zunehmend ausgeschlossen. Im Jahr 2024 spürt Europa die Folgen der technologischen Abhängigkeit. Die europäische Wirtschaft ist nicht mehr konkurrenzfähig. Die Europäische Kommission schafft eine Generaldirektion für Industriepolitik, und fördert Forschung und Entwicklung. Die Deutschen diskutieren über die Notwendigkeit „preußischer Reformen“ in Bildung, Wissenschaft und Verwaltung, um den Rückstand aufzuholen.

SZENARIO 5

Nationalpopulismus

Die Welt im Jahr 2025

In den meisten westlichen Gesellschaften herrschen gravierende ökonomische und soziale Verwerfungen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Austerität radikal. Situative Lockdowns zur Bekämpfung des inzwischen mutierten Covid-19-Virus sind die Regel, da Entwicklung und weltweit gerechte Verteilung eines effektiven

Impfstoffs hat sich deutlich schwieriger gestaltet als 2020 erwartet. Grund dafür waren auch nationale bzw. bilaterale Alleingänge im Umgang mit der Pandemie sowie nationales Agieren von Unternehmen und Industrien.

Ein autoritärer, national-solidarischer „Komunitarismus“, wie er zunächst in Mittel- und Osteuropa von Orbán, Kaczyński und

anderen praktiziert wurde, verbunden mit einer ethnisch-konnotierten Sozialpolitik, hat weitere AnhängerInnen und NachahmerInnen gefunden. Solidarität wird in den meisten westlichen Gesellschaften nur noch in Bezug auf klar umrissene Teile der Bevölkerung praktiziert. In den meisten westlichen Gesellschaften herrscht ein autoritäres, illiberales Staatsverständnis vor. Mal in Form eines „linken“ Antiglobalisierungs-Populismus, meist aber in Form eines konservativen, sozial-nationalen Populismus. In Ländern wie den Niederlanden wiederum in Form eines libertären, „radikal-emanzipatorischen“ Populismus in der Tradition von Fortuyn und Wilders. Allen ist gleich, dass es – jenseits von Wahlen und des gezielt demagogischen Einsatzes von Instrumenten der direkten Demokratie – kaum politische Teilhabe im Sinne der Nutzung positiver Staatsbürgerrechte durch Gruppen und Individuen gibt. Staat und Demokratie wirken nicht mehr als partizipatorische Form gesellschaftlicher Selbstorganisation.

Wirtschaftlich haben die meisten Staaten eine starke, protektionistisch orientierte Rolle übernommen. Es dominieren libertär-sozialdarwinistische oder sozial-nationale Prinzipien mit dem gemeinsamen Nenner des „Nationalen Populismus“. Universalistische, sich an Menschenrechten orientierende Positionen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik und der Liberalismus der offenen Grenzen sind praktisch verschwunden. An diese Stelle tritt eine Politik, die Prinzipien nationaler Selbstbestimmung das Primat nationaler Interessen, Abschottung und restriktive, einseitig „utilitaristische“ Wirtschaftsmigration propagiert.

**Es hat ein Rollback
ins Parochiale gegeben.
Gutes Leben findet auf
der Scholle statt, nicht
in der Welt.**

Es hat einen Rollback ins Parochiale gegeben. Gutes Leben findet auf der Scholle statt, nicht in der Welt. Gemeinschaft, Heimatschutz,



Nachbarschaftlichkeit und Familie dominieren die Gesellschaftsvorstellungen und Rollenverständnisse. Durch eine sich fortsetzende Krise der Medienlandschaft kam es zu einer weiteren de facto Schwächung der Presse- und Medienfreiheit. Dies wurde begleitet durch eine Delegitimierung und Einschüchterung liberaler Medien. Auf nationaler Ebene heißen die Führer Ivanka Trump, Marine Le Pen und Matteo Salvini. Erdogan, Putin, Orban und Kaczynski sind gestärkt. Der Brexit bleibt Dauerbaustelle. China ist zum Hegemon einer populistisch-autoritären Weltordnung geworden. Die Integration der EU ist zum Stillstand gekommen, weil die Mitgliedsstaaten sich gegenseitig paralisieren, es gibt Desintegrationstendenzen. Die WHO ist de facto tot, da die meisten Staaten die Finanzierungen eingestellt haben.

Was ist passiert?

Im Laufe des Jahres 2020 war die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern massiv gestiegen. Die Impfstoffentwicklung verzögert sich, der Covid-19-Virus mutiert. Im Winter, begünstigt durch das Wetter einerseits und die Ausbreitung des Virus in Südamerika und Afrika über die Sommermonate, steigen die Fallzahlen auch in den USA und Europa wieder dramatisch an. Donald Trump, der den nationalen Notstand immer wieder verlängert

hatte, wurde unter chaotischen Zuständen und Ausgangssperren in einzelnen Bundesstaaten wiedergewählt.

Die Bemühungen vieler Regierungen im Jahr 2021, der Rezession durch staatsinterventionistische Maßnahmen, Renationalisierung und Abschottung Herr zu werden und nationale Industrien vor Insolvenzen und Übernahmen zu schützen, griffen nicht. Verelendung war die Folge, vor allem in Südeuropa. Es kam zu Regierungskrisen, in Spanien stürzt die linke Regierung unter Premier Sanchez nach massiven Protesten und wurde von einer Koalition der konservativen PP und der ultrarechten VOX abgelöst. Der Streit um den ambitionierten Wiederaufbau-Plan der EU eskaliert und führt zu schweren Verwerfungen. Auch der Kommissionsvorschlag zum Finanzrahmen für einen europäischen Weg aus der Krise, den die Bemühungen Angela Merkels um einen Kompromiss zunächst gerettet hatten, scheiterte 2021 an der Zustimmung der nationalen Parlamente. Die Situation in Europa beschreiben internationale Beobachter als neue Phase der „Eurosklerose“: Selbstlähmung und passiver Aggression zwischen den verschiedenen Lagern. In Italien löste eine Regierung unter Matteo Salvini die Technokraten-Regierung Mario Montis ab. Marine Le Pen setzte sich in der Stichwahl um die französische Präsidentschaft gegenüber Emmanuel Macron durch, indem sie die Wahl zum Referendum über das Krisenmanagement und die „Europa-Naivität“ ihres Vorgängers machte. Dabei fand der französische

Im Superwahljahr 2023 setzen sich in acht von neun nationalen Wahlen in Europa konservative und rechtspopulistische Parteien durch, der Zerfall der Sozialdemokratie setzt sich fort.

Wahlkampf wie auch der in den Niederlanden 2021 und in anderen europäischen Ländern unter massiver Einflussnahme von Desinformation und Manipulation statt, vor allem seitens Chinas und Russlands. Im Superwahljahr 2023 setzten sich in acht von neun nationalen Wahlen in Europa – mit Ausnahme Portugals – konservative und rechtspopulistische Parteien durch, der Zerfall der Sozialdemokratie setzt sich fort. Staatliche Eingriffe in die Pressefreiheit, Repressionen und die gezielte Delegitimierung durch PolitikerInnen sowie die sich fortsetzende Schwächung ihrer ökonomischen Basis führten dazu, dass die Pressefreiheit abnimmt, diverse renommierte Zeitungen verschwinden vom Markt.

Die Umstände des Antrittsbesuch Le Pens im Weißen Haus fielen deutlich positiver aus als die in Brüssel. Le Pens ausführliche Gespräche mit Ivanka Trump gaben Gerüchten um eine Kandidatur der Tochter des US-Präsidenten Nahrung. Tatsächlich setzte sie sich 2024 im Wahlkampf gegen Alexandria Ocasio-Cortez, gerade 35 geworden, durch und wird 2025 vereidigt.

SZENARIO 6

Klassenfahrt

Die Welt im Jahr 2025

Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse sowie die internationalen Beziehungen entsprechen in wesentlichen Zügen der Welt im Sommer 2019. Die Corona-Pandemie ist in der Erinnerung meisten Menschen eine kleine vergangene Episode; ein oberflächlicher äußerer Schock, der nur für einen begrenzten Zeitraum zu spüren war.

Was ist passiert?

Ende 2020 stand ein Impfstoff zur Verfügung, und eine zweite Welle der Pandemie trat nicht auf. Im Jahr 2021 erlebte die Weltwirtschaft eine kurze, schwere Krise. Im Sommer 2022 befand sich die globale Produktion auf dem Vorkrisenniveau. Obwohl der Welthandel unmittelbar nach der Pandemie eingeschränkt wurde, wurden



die Finanzströme kaum unterbrochen und die wirtschaftliche Globalisierung setzte sich fort. Die sozialen Ungleichheiten aus der Vorkrisenzeit blieben weitgehend bestehen. Während Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, wichtige Arbeitskräfte um ihre Gesundheit fürchteten und viele in Armut fielen, waren die gut ausgebildeten und besser gestellten Menschen weniger betroffen. Sie konnten nicht nur von zu Hause aus arbeiten und hatten Zugang zu medizinischer Behandlung, sondern profitierten auch unverhältnismäßig stark von den Konjunkturpaketen und der neuen Versorgung durch die Regierungen. Der Kampf ums Überleben und der weit verbreitete Individualismus innerhalb der westlichen Gesellschaften verhinderten indessen, dass die Benachteiligten angesichts dieser sich ausweitenden Ungleichheit ein Gefühl der Einheit oder eine Bewegung für Veränderungen entwickelten. Mit dem Wiedererwachen des sozialen Lebens und der Wiederbelebung der Wirtschaft kehrten viele wieder zur Hoffnung auf eine Rückkehr in die alte Welt zurück und schlossen langsam aber stetig das Fenster der Gelegenheit für progressive Reformen.

Die Beispiele zentristischer Regierungen, die die Pandemie mit Umsicht und Zurückhaltung erfolgreich bekämpften, appellierten an die gestiegene

Risikoaversion der Bevölkerung und ihr Verlangen nach Sicherheit. Der Ausnahmezustand forderte seinen Tribut von den Menschen, von denen sich viele dann nur noch ein Gefühl der „Normalität“ vor der Krise wünschten. Konservative PolitikerInnen wurden gewählt, weil sie antiquierte Formen der Solidarität propagierten, die oft auf Gruppen beschränkt waren und sich auf traditionelle Wege der Politikgestaltung stützten. Gleichzeitig gelang es der Linken nicht, eine überzeugende Erzählung für alle zu schaffen, und RechtspopulistInnen rund um den Globus zeigten ihre Unfähigkeit, mit Krisen umzugehen – was für beide zu Verlusten an den Wahlen führte. Dennoch traten in der Gesellschaft wieder Konflikte um Identität und Werte auf. Eine Mehrheit sieht sich nach wie vor als Nutznießer der bestehenden Praktiken und fühlt sich durch fortschrittliche Kräfte sowie durch die unentwirrbare Komplexität der Welt bedroht. In dieser Atmosphäre der Uneinigkeit verringern sich die Chancen, eine neue Vision für die Gesellschaft zu entwickeln, und ein politisches Mandat für Veränderungen ist außer Reichweite.

Die Pandemie ist nicht zu einem geopolitischen Wendepunkt geworden. Die Inkompetenz ihrer Reaktion hat zwar der Soft Power der Vereinigten Staaten geschadet, aber das Gleichgewicht der Hard Power zugunsten der Vereinigten Staaten hat sich durch die Pandemie nicht verändert. Obwohl China Hilfe leistete und Propaganda betrieb, um die Erzählung seiner Reaktion auf die Pandemie zu manipulieren, stieß Chinas Bemühen, seine Soft Power auszuweiten, in Europa und anderswo auf Skepsis. Der strategische Druck aus westlichen Ländern, insbesondere den USA, auf die Führung Chinas nahm zu. Haushaltsengpässe, die zum Teil auf den massiven Investitionsbedarf im Gesundheitssektor zurückzuführen waren, zwangen China, seine Militärinterventionen zu bremsen. Versuche, die EU substanziell in Richtung einer weiteren fiskalischen, sozialen und politischen Integration zu reformieren, scheiterten. Den meisten Entwicklungsländern gelang es, die Pandemie einzudämmen, aber die Auswirkungen der Blockade bremsten die wirtschaftliche Entwicklung und die Modernisierungsbemühungen.

Eine Strategie für Progressive: Die Chance zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen

Die Corona-Pandemie offenbart und beschleunigt ganz unterschiedliche und widersprüchliche Entwicklungen sozialer, ökonomischer und kultureller Natur. Aus diesen Entwicklungen und Widersprüchen ergeben sich radikal unterschiedliche Zukunftsbilder. Wie sollen Progressive hierauf reagieren? Sie müssen ihre Strategie so wählen, dass sie einerseits das Eintreten der erwünschten Zukunft wahrscheinlicher macht, andererseits aber auch Vorkehrungen für den Fall des Eintretens weniger erwünschter Zukünfte trifft. Die hier skizzierte Strategie versucht zu umreißen, worauf sich Progressive heute untereinander verständigen sollten. Sie will erste Wegmarken für eine progressive Debatte und Orientierungen in einem laufenden Wandel mit offenem Ausgang bieten. Sie ist ein Angebot zur Diskussion mit anderen Progressiven. Sie ist eine Aufforderung, jetzt beherzt in die öffentliche Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz zu treten, aber auch Allianzen zwischen Parteien zu bilden. Das Zielbild, das diese Strategie verfolgt, lässt sich mit vier Schlüsselbegriffen beschreiben: Demokratie, Transformation, EuropaPlus und Leadership.

Unser demokratisches System revitalisieren

Gerade in der Krise braucht es mehr Demokratie

Derzeit richtet sich alle Aufmerksamkeit auf die nationalen Regierungen. Dabei zeigt sich, dass die Einbettung der Exekutive in eine kritische Öffentlichkeit und einen demokratischen Diskurs keineswegs zu einer weniger effizienten Reaktion auf die Krise führt. Im Gegenteil: Die demokratische Antwort auf die Krise, die transparent und abwägend in deliberativen Prozessen zustande kommt, ist dauerhaft effizienter. Demokratisches Krisenmanagement ist das bessere

Krisenmanagement. Gleichwohl müssen Progressive über die Logik des instrumentellen Systemvergleichs hinausgehen: Progressive dürfen nicht nur dann für die Demokratie sein, wenn sie sich als das effizientere System erweist (vgl. Szenario Wohlfahrt-Technokratie, S. 11). Demokratie und die Verteidigung individueller Freiheiten beschreiben für Progressive den Weg und zugleich das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, auch und gerade in der Krise. Dies gelingt nur, wenn auch die im demokratischen Prozess Gehör finden, die ihre Interessen weniger laut und weniger organisiert artikulieren können.

Progressive müssen AnwältInnen des öffentlichen Raums werden

In der Corona-Krise sind Begegnungen im öffentlichen Raum drastisch zurückgegangen. Aber auch schon in den Jahren davor sind öffentliche Räume, an denen Gesellschaft quer durch die sozialen und kulturellen Milieus zusammenkommt, unter Druck geraten (vgl. Szenario Radikaler Individualismus, S. 10). Dabei ist der öffentliche Raum – ob als Kita oder Schule, ob als Marktplatz, Eckkneipe oder Gesangsverein – zentrale Voraussetzung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Demokratie braucht die Begegnung und Auseinandersetzung der Unterschiedlichen und ist deshalb fundamental auf den öffentlichen Raum angewiesen. Wir müssen viel dafür tun, dass auch digitale Räume zu öffentlichen Räumen werden. Und zugleich merken wir jetzt noch deutlicher: Demokratie braucht die physische Begegnung, muss die Menschen gesamthaft in den Blick bekommen. Es ist an den Progressiven, den öffentlichen Raum zu verteidigen und für seine Inklusivität und Qualität zu kämpfen. Dies beinhaltet, die Rolle von Nachbarschaften und Dörfern als zentrale Orte des gesellschaftlichen

Zusammenlebens wie auch des Experimentierens mit möglichen „Zukünften“ auszubauen (vgl. Szenario Lokalismus, S. 8)

Ohne integrative und repräsentative Medien scheitert das Projekt der Liberalen Demokratie

Medien in all ihrer Vielfalt sind ein konstituierender Faktor des öffentlichen Raums. Gerade in Krisensituation braucht es Medien, die für sich ein Mindestmaß an Qualität, Repräsentativität und Inklusivität beanspruchen (vgl. Szenario Nationalpopulismus, S. 13). Den Weg zurück in die alte Welt leitmedialer Lagerfeuer gibt es nicht. Zugleich haben die letzten Jahre gezeigt, wie eine zersplitterte und von radikal verkürzten Aufmerksamkeitszyklen dominierte Medienlandschaft gesamtgesellschaftliche Debatten erschwert. Progressive (Medien-)PolitikerInnen müssen hierauf reagieren und gemeinsam Antworten finden. Dabei können Modelle, die weder staatlich noch rein privat, sondern am öffentlichen Interesse orientiert sind, eine entscheidende Rolle spielen. Es ist eine zentrale Aufgabe progressiver Politik, die Medienwelt des digitalen Zeitalters zu gestalten.

Ein progressives Wirtschaftsverständnis ist ein demokratisches Wissenschaftsverständnis

Progressive bekennen sich zu Vernunft und Empirie. Ohne wissenschaftliche Evidenz wäre Politik in der aktuellen Situation schlichtweg handlungsunfähig. Aber das progressive Postulat vernünftigen Handelns darf nicht den gesellschaftlichen Diskurs über wissenschaftliche Erkenntnisse unterbinden. Fortschritt ist darauf angewiesen, dass es wissenschaftliche Kontroversen gibt und dass WissenschaftlerInnen Unsicherheiten und Schwankungsbreiten von Zukunftsprognosen klar benennen. Dabei kann die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, nicht von der Wissenschaft beantwortet werden (vgl. Szenario Wohlfahrt-Technokratie, S. 11). Der Ort gesellschaftlicher Entscheidungen ist gemeinhin die Politik.

Progressive sollten für eine möglichst breite und zukunftsorientierte Debatte über wissenschaftliche Erkenntnisse eintreten.

Eine Agenda für sozialen Ausgleich und eine ökologische Wende

Den wirtschaftlichen Neustart für sozialen Ausgleich, die ökologische Wende und den technologischen Fortschritt nutzen

Die in vielen Ländern praktizierte Rettung und Unterstützung von Unternehmen ist auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität. Progressive müssen hieraus eine klare Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen ableiten: Wenn wir als Gesellschaften privatwirtschaftliche Akteure mit substantiellen Mitteln vor einer akuten Krise retten, dann sind diese verpflichtet, das wirtschaftliche Geschehen so in die Zukunft zu tragen, dass die Wirtschaft den Menschen auch morgen ein gutes Leben ermöglicht. Progressive müssen dafür eintreten, dass Rettungs- und Konjunkturmaßnahmen immer auch starke Anreize für nachhaltiges Wirtschaften, eine gleichere Verteilung des Wohlstands, die Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und die allgemeine Verbesserung der Lebensqualität setzen (vgl. Szenario Neues Goldenes Zeitalter, S. 6). Progressive müssen die Menschen für das Zielbild einer Wirtschaft gewinnen, die so dynamisch und technologiebejahend, wie inklusiv und nachhaltig ist.

Flatten the curve II: Eine aktive demokratische Klimapolitik

In vielen Ländern zeigen die Maßnahmen gegen die Corona-Krise, wie entschieden Gesellschaften handeln können, wenn sie müssen. Alltagsbeschränkungen als Reaktion auf eine Notsituation sind den BürgerInnen – so die vorliegende Demoskopie – durchaus vermittelbar. Es wäre jedoch falsch, daraus den Schluss zu ziehen, angesichts der realen, womöglich noch größeren Gefahren

durch die Klima-Krise sei eine „nächste Runde“ rigider Freiheitsbeschränkung einzuläuten. Vielmehr gilt es jetzt, in Demokratie und Freiheit zukunftsorientiert und entschieden zu handeln.

Echte Aufwertung gesellschaftlich bedeutsamer Leistung

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, auf welche Berufsgruppen Gesellschaften in Zeiten der Krise besonders angewiesen sind. PolitikerInnen und BürgerInnen haben ihre Anerkennung für die Menschen zum Ausdruck gebracht, auf die es in Notsituationen ankommt. Progressive dürfen sich aber nicht damit begnügen, ihr Wohlwollen auszudrücken. Sie müssen sich den harten verteilungspolitischen Fragen stellen. Sie müssen für eine echte Aufwertung der Berufe kämpfen, die für die Stabilität unserer Gesellschaften elementar sind (vgl. Szenario Neues Goldenes Zeitalter, S. 6). Das bedeutet, die Frage der Lohnquote zu stellen, den öffentlichen Sektor zu stärken und die Privatisierung der Daseinsvorsorge, insbesondere im Gesundheitssektor, zurückzunehmen. Dies mit einem sozialpolitischen Update der Dienstleistungsökonomie zu verbinden, das explizit auch die Verlierer vergangener Transformationsprozesse in den Blick nimmt, ist eines der zentralen progressiven Projekte der kommenden Jahre.

Solidarität zwischen den Generationen

Die „Generation Corona“ wird aller Voraussicht nach auf längere Zeit in den Arbeitsmarktstatis-tiken vieler Länder erkennbar sein. Junge Menschen, die heute auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen, haben kurzfristig schlechte Aussichten und tragen damit eine besondere Last. Die Bereitschaft vieler Menschen für wechselseitige Solidarität ist aktuell hoch. Progressive müssen diese Lage nutzen und ein Programm zur Sicherstellung fairer Lebenschancen für die kommende Generation formulieren, von garantierter Ausbildung bis zu einem glaubhaften Rentenversprechen. Der progressive Sozialstaat der Zukunft nimmt Angst, gewährt Schutz und Zusammenhalt und ermöglicht Kontrolle über das eigene Leben.

Ein progressives Plädoyer für Europa und einen neuen Multilateralismus

Europa Plus als multilaterales Projekt formulieren

In Zeiten von nationaler Abschottung müssen Progressive mit aller Kraft für Europa als ein multilaterales Projekt kämpfen. In der Corona-Krise hieß es vielerorts zunächst: Grenzen zu. Jedes Land schien sich zunächst selbst das Nächste. Nach den ersten Schreckensmomenten wird jedoch vielen wieder klar: Vereint sind die EuropäerInnen stärker. Dafür braucht es aber eine echte Fiskalunion und deutlich beherztere Schritte in Richtung politischer und sozialer Union. Sonst wird Europa als multilaterales Projekt über kurz oder lang scheitern (vgl. Szenario Radikaler Individualismus, S. 10). Die Europäische Zentralbank wird ökonomische und damit auch soziale Divergenzen nicht dauerhaft überbrücken können. Auch ist der Kontinent in wirtschaftlicher Hinsicht in vielerlei Hinsicht ins Hintertreffen geraten: Die Souveränität Europas in der digitalen Transformation – von Cloudanbietern über Komponenten für mobile Netze zu Medienplattformen – ist ernsthaft in Gefahr. Eine progressive Agenda für Europa muss es sich zur Aufgabe machen, den gewaltigen Schatz zu heben, den vereintes Handeln, Solidarität und Kooperation bedeuten.

Einen europäischen Neustart in der Strukturpolitik wagen

Die Zuspitzung geopolitischer Großmachtkonflikte befördert eine globale Desintegration in wirtschaftliche Blöcke und Einflusszonen. Die Corona-Krise beschleunigt diese Entwicklung. Damit wird der europäische Markt für die Volkswirtschaften Europas immer bedeutsamer. Nur eine dynamische Wirtschaft in ganz Europa kann die Lebensstandards sichern. Progressive müssen sich intensiver als bisher mit Fragen der europäischen Wirtschafts- und Strukturpolitik auseinandersetzen und – aufbauend auf dem Recovery Fund und dem Green New Deal

– länderübergreifende Strategien entwickeln. So fehlt zum Beispiel eine ambitionierte gemeinsame europäische Produktivitätspolitik. Das Potenzial zur Steigerung des Wohlstands und der Sicherheit in Europa durch die Schaffung europäischer öffentlicher Güter („Commons“) ist erheblich. Die Frage der Bereitstellung eines Corona-Impfstoffes wird zeigen, wie ernst wir es mit öffentlichen Gütern meinen.

Jenseits der Austerität

Die Diskussion um einen europäischen Wiederaufbaufonds zeigt: die Logik der Austerität hat im Zuge der Corona-Krise in politischen wie wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen an Zustimmung verloren. Es setzt sich die Überzeugung durch, dass nur beherzte staatliche Interventionen stabilisierend wirken – unabhängig von der öffentlichen Verschuldung. Zugleich hat die aktuelle Krise hat noch einmal verdeutlicht, welchem Druck Demokratien, Gesellschaften und Ökonomien im südlichen Europa durch die lang anhaltende Politik der Austerität ausgesetzt waren. Unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen hätte eine Fortsetzung dieser Politik fatale politische und ökonomische Folgen für Europa. Auch wenn eine Abkehr von der Politik der Austerität neue Probleme mit sich bringt: Progressive müssen sich gegen nationalpopulistische Stimmen durchsetzen und eine gesamteuropäische Strategie der Prosperität formulieren, die in allen Mitgliedsstaaten Legitimität erfährt (vgl. Szenario Nationalpopulismus, S. 13).

Klares Bekenntnis zu internationaler Kooperation

Schon jetzt ist klar: Die Welt wäre in der Corona-Pandemie besser davongekommen, wenn die Weltgesundheitsorganisation stärker gewesen wäre, wenn es mehr internationale Absprachen gegeben hätte. Je weiter sich die Ideologie des „My Country First“ verbreitet, desto eindeutiger müssen Progressive sich zur internationalen Kooperation bekennen. Progressive müssen dafür eintreten, dass die Institutionen der

internationalen Kooperationen, die aktuell unter Beschuss geraten, gestärkt und modernisiert werden. Wie nach dem Zweiten Weltkrieg müssen neue effektive internationale Organisationen geschaffen werden. Es geht aber auch um das Verhältnis zum Globalen Süden. Afrika wird von der Corona-Krise mutmaßlich besonders getroffen werden und gerade die EuropäerInnen haben eine besondere Verpflichtung zur partnerschaftlichen Unterstützung afrikanischer Länder. Analog hat Nordamerika eine besondere Verantwortung für Lateinamerika. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dieser Verpflichtung mit größtmöglicher Sichtbarkeit nachzukommen; zum Beispiel bei der Frage der Zurverfügungstellung von Impfstoffen (vgl. Szenario Neues Goldenes Zeitalter, S. 6).

Leadership

Den Diskurswandel anführen

Die vergangenen Wochen haben vielen Menschen gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die Zustimmung zu staatlichem Handeln ist gestiegen, der ökonomische Diskurs wandelt sich. Dies trägt in vielen Ländern dazu bei, dass die ideologische Hegemonie der Deregulierung und der Alternativlosigkeit stark unter Druck geraten ist. Heute wird wieder offen über die richtige Form des Wirtschaftens und eine gerechte Ressourcenverteilung diskutiert. Damit ist ein diskursives Fenster geöffnet, das Progressive jetzt mutig nutzen müssen. Dies ist die Zeit, fundamentale Fragen der Verteilung und der Rolle des Staates ins Zentrum einer lebendigen öffentlichen Debatten zu bringen. Progressive Leadership heißt, offensiv für eine aktivere Gestaltungsrolle des Staates zu werben. Das ist eine ebenso voraussetzungsreiche wie langfristige Aufgabe.

Konkrete Utopien anbieten

Progressive haben in den vergangenen Jahren auf der narrativen Ebene substantielle Raumgewinne erzielt. Was fehlt, sind konkrete Leuchtturmprojekte, die auf einer klaren Analyse darüber beruhen, welche gesellschaftlichen Gruppen diese

Projekte zu tragen bereit sind. Zwischen kleinteiliger Technokratie und abstrakten Tugenddebatten fehlt die strategische Ebene gut gestalteter „Visionen zum Anfassen“, die der Mitte der Bevölkerung Lust auf Zukunft machen. Progressive müssen diejenigen sein, die Erzählungen einer wünschenswerten Zukunft – die Zielbilder Demokratie, Transformation, Europa Plus und Leadership sind genannt – auf hegemoniefähige Projekte herunterbrechen. Ob ein integriertes europäisches Eisenbahnnetz oder flächendeckendes kostenloses WLAN – die Zukunft muss so konkret sein, dass Menschen sich hinter diejenigen stellen wollen, die diese Zukunft glaubhaft zu realisieren versprechen..

Sich für einen integrativen und problemorientierten Regierungsstil einsetzen

In vielen Ländern konnten die BürgerInnen in den vergangenen Wochen beobachten, wie Regieren auch funktionieren kann: die klassische Versäulung in Verantwortlichkeiten und das allgemeine „muddling through“ waren scheinbar ausgesetzt. Stattdessen wurden über Ebenen und Ressorts hinweg so schnell wie möglich pragmatische Lösungen gefunden. Die Progressiven sollten sich an die Speerspitze derer stellen, die diesen

integrativen und im besten Sinne pragmatischen Stil des Regierens aus der Krise in eine neue Normalität tragen wollen. Progressive müssen für eine neue Form des Regierens stehen, die für die BürgerInnen spürbar die Problem- vor die Ressortlogik stellt. Progressive müssen diejenigen sein, denen auch hinsichtlich ihrer Führungsfähigkeiten diese Art des Regierens zugetraut wird.

Transparent regieren um Vertrauen aufzubauen

Die Kräfte, die das Vertrauen in den demokratischen Staat erodieren, sind mannigfaltig. Gleichzeitig erleben wir in einigen Ländern die Folgen intransparenter Kommunikation in der Krise. Progressive müssen diejenigen sein, die durch ihre Art des Regierens das Vertrauen in den demokratischen Staat zurückgewinnen. Das bedeutet, transparent zu regieren: sich Debatten zu stellen, Offenheit zu zeigen, Fehler einzugestehen, Positionen auch zu verändern, ohne die Fahne nach dem Wind zu hängen. Zu argumentieren, anschaulich zu sein, Beispiele zu bringen, einfache Sprache zu verwenden. Es bedeutet auch, die BürgerInnen über neue Formen der Beteiligung einzubinden. Aushandeln, Zusammenwirken, Einbinden – das muss der Anspruch progressiven Regierens sein.

Viele Faktoren bedingen, wie unsere Gesellschaften nach der Corona-Krise aussehen werden. Nicht alle haben wir in der Hand. Entscheidend ist, ob es den Progressiven gelingt, die Deutungshoheit über die Krise und die Entwicklungen, die sie nach sich zieht und die sich in ihr offenbaren, zu erlangen. Dann gibt es die Chance für mehr Demokratie, eine neue Wirtschaftsordnung und einen Neustart des multilateralen Projekts. All dies wird jedoch nur gelingen, wenn wir eine weitere Polarisierung unserer Gesellschaften verhindern; wenn wir die Mitte der Gesellschaft aktivieren und dafür begeistern, gemeinsam an einer lebenswerten Zukunft zu arbeiten. Progressive müssen sich aufmachen, die Erneuerung unserer Gesellschaft aus der Krise heraus anzuführen. Das wird nicht möglich sein ohne eine Vernetzung über Länder- und auch Parteigrenzen hinweg. Genau diesem Zweck dient das Progressive Governance Symposium 2020.

Leitautor und Koordinator des Szenarienprozesses:

Dr. Max Neufeind Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum

Unterstützung des Szenarienprozesses:

Fabian Wigand Fellow bei Think Tank 30 des Club of Rome Deutschland

Mitwirkende:

Dr. Karl Adam Unabhängiger Projekt Manager

Dr. Andreas Audretsch Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum

Manuela Barišić Visiting Fellow bei Das Progressive Zentrum

Dr. Daniela Blaschke Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum | Beraterin für politische Strategie und Kommunikation bei der Volkswagen AG

Dr. Gunilla Fincke Circle of Friends von Das Progressive Zentrum

Paulina Fröhlich Leiterin des Programmbereichs „Zukunft der Demokratie“ bei Das Progressive Zentrum

Dr. Claudia Gatzka Visiting Fellow bei Das Progressive Zentrum | Geschichtswissenschaftlerin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Dr. Christopher Gohl Circle of Friends von Das Progressive Zentrum

Kübra Gümüşay Visiting Fellow bei Das Progressive Zentrum | Autorin und Aktivistin

Paul Jürgensen Projekt Manager bei Das Progressive Zentrum

Prof. Tanja Klenk Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Das Progressive Zentrum | Professorin für Verwaltungswissenschaften an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Thomas Kralinski Mitglied des Vorstands und Mitgründer von Das Progressive Zentrum | Staatssekretär a.D.

Michael Miebach Vorstandsvorsitzender und Mitgründer von Das Progressive Zentrum

Dr. Leonard Novy Circle of Friends von Das Progressive Zentrum | Direktor des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik gGmbH

Sophie Pornschlegel Senior Policy Analyst bei European Policy Centre

Dr. Florian Ranft Leiter des Programmbereichs „Strukturwandel“ bei Das Progressive Zentrum

Marc Saxer Leiter des Referats Asien der Friedrich-Ebert-Stiftung

Peter Siller Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von Das Progressive Zentrum

Michael Schönstein Circle of Friends von Das Progressive Zentrum

Friedemann Schreiter Fellow bei Think Tank 30 des Club of Rome Deutschland

Prof. Wolfgang Schroeder Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats von Das Progressive Zentrum | Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel

Dr. Robert Schütte Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum | Referent im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Dominic Schwickert Geschäftsführer von Das Progressive Zentrum

Leon Tiedemann-Friedl Junior Policy Advisor im Bundesministerium der Finanzen

Die Ansichten in dieser Publikation geben nicht notwendigerweise die Meinung aller Mitwirkenden bzw. ihrer Institutionen wieder. Insbesondere stellen die beschriebenen Szenarien keine Präferenzen der Mitwirkenden oder ihrer Institutionen dar. Bei den Szenarien handelt es sich um überzeichnete Bilder möglicher Zukünfte.

Das Progressive Zentrum



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche Zukunft der Demokratie, Strukturwandel sowie Internationaler Dialog mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas sowie in den USA.

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

Twitter: @DPZ_Berlin

[www.fb.com/DasProgressiveZentrum](https://www.facebook.com/DasProgressiveZentrum)

Progressive Governance Digital Summit 2020



Die Corona-Pandemie und ihre Nachbeben stellen eine der größten Herausforderungen unseres Lebens dar. Eine Rückkehr zur Normalität, wie wir sie kennen, erscheint unwahrscheinlich. Durch den Übergang von Krisenmanagement hin zum Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft wächst die Dynamik des Wandels. Um voranzukommen, müssen Progressive aus diesen bedeutenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen und den unvorhersehbaren Herausforderungen, die vor uns liegen, lernen, und diese Lehren dabei innerhalb der Themen und Werte kontextualisieren, die ihnen am Herzen liegen. Dies ist der Zweck des Progressive Governance Digital Summit. In über 30 Sitzungen wird „PGS20“ mehr als 100 DenkerInnen, BeraterInnen und AktivistInnen aus ganz Europa und Nordamerika eine Plattform bieten, um den progressiven Geist zu verjüngen und Ideen für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln.

www.progressive-governance.eu

question@progressive-governance.eu

Impressum

©Das Progressive Zentrum e.V., 2020. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Progressiven Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-014-2

Veröffentlicht im Juni 2020

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3 | 10557 Berlin

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller,
Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

Redaktion: Max Neufeind, Karl Adam, Jeremy Cliffe,
Paul Jürgensen, Diego Rivas, Fabian Wigand

Grafikdesign und Illustrationen: Daniel Menzel

The logo icon consists of a stylized building facade with four vertical bars of varying heights, all contained within a rectangular frame. The top bar is a solid orange line, while the other three are vertical bars with a gradient from orange to yellow. The frame has a gradient from orange to yellow.

**PROGRESSIVE
GOVERNANCE**

#pgs20

progressive-governance.eu